



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1922**

306 (7.7.1922) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-204302](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-204302)



# Mannheimer General-Anzeiger

## Badische Neueste Nachrichten

Druckpreis: Je Manuskript und Abdruck monatlich  
für das Haus gebucht Mark 20.—, durch die Post bezogen  
Mark 22.—, Einzelnummer Mark 1.50. Postgebühren  
für 17996 Kienrichs in Baden und Nr. 2117 Ludwigshafen am  
Rhein, Hauptgeschäftsstelle E. & S. Schmidt & Co. in  
Ludwigshafen, Waisenstraße Nummer 6. Fernsprecher  
Nummer 7943, 7942, 7944, 7946. Telegramm-Adresse:  
Generalanzeiger Mannheim. Geschäftsstellen in  
Mannheim, Heidelberg, Speyer, Ludwigshafen,  
Karlsruhe, Pforzheim, Bruchsal, Mosbach,  
Ludwigshafen, Speyer, Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Pforzheim, Bruchsal, Mosbach, Ludwigshafen, Speyer.

Anzeigenpreise: Die kleine Seite mit 6— ausw. mit 10.—  
Stellenang. u. Kom. Ausw. 20.—, Nachb. Ref. mit 30 ausw. mit 30.  
Annoncen: Mitragblatt vorm. 1/2, Abends. nachm.  
1/2, Uhr. Für Anzeigen an bestimmte Tagen, Stellen u. Ausgaben  
u. keine Verantwortl. über. Höhere Gewalt, Streiks, Betriebs-  
störungen uho. herbeizuführen zu sein. Erkennungszeichen u. ausgef.  
oder beschränkte Ausgaben oder für verspätete Aufnahme  
von Anzeigen. Aufträge durch Fernsprecher ohne Gewähr.

Beilagen: Der Sport v. Sonntag, Aus der Welt der Technik, Gesetz, Recht, Mannb. Frauen-Zeitung, Mannb. Musik-Zeitung, Bildung u. Unterhaltung, Feld u. Garten, Wandern u. Reisen.

### Die schleichende Krisis.

Von unserm parlamentarischen Mitarbeiter.

Die parlamentarische Lage, die noch vor ein paar Tagen zu einer ganz raschen Entscheidung zu drängen schien, hat mittlerweile die Gestalt einer schleichenden Krisis angenommen, die nicht recht vom Fiede kommt und in ihrer Entwicklungslinie noch ziemlich unbestimmbar ist. Nach dem Grundgedanken dieser Krise braucht man nicht lange zu suchen. Die Erregung der ersten Zeit, die durch die Ermordung Rathenaus wachgerufen und zum Teil unverantwortlicher Weise geschürt wurde, hat zu einem großen Teil ruhiger Ueberlegung wieder Platz gemacht und damit ist ein sühlicher Rückschlag eingetreten.

Es ist noch nicht lange her, daß Herr Dr. Wirth im Reichstage unter dem jubelnden Beifall seiner Regierung Anhänger und eines Teils der Tribünenbesucher die Parole ausgab: der Feind steht rechts. Heute jögern Zentrum und Demokraten, dieser Parole durch die und dünn zu folgen. Heute ist diesen Parteien durch mancherlei Vorgänge der letzten Zeit eindringlich klar geworden, wie die erregten Massen diese politische Parole in die Tat übersehen. Und wie bedenklich es auch für die bürgerlichen Regierungsparteien und ihre Anhänger werden kann, wenn der Ansturm der äußersten Linken gegen rechts ungezügelt vor sich geht. So ist die Aktion, die unter dem frischen Eindruck des verbrecherischen Anschlages auf Dr. Rathenau in Angriff genommen wurde und die im Handumdrehen durchgeführt werden sollte, ins Stocken gekommen.

Im Rechtsausschuß hat gestern Minister Dr. Rabbruch erklärt, die Vorlage biete die Möglichkeit zu unparteiischer Anwendung gegen rechts und links, derselbe Herr Dr. Rabbruch, der im Reichstage noch vor kurzem der Linken die Versicherung gab, sie brauche sich durch das Ausnahmegesetz nicht im geringsten beunruhigt zu fühlen. Noch deutlicher als Dr. Bell im Plenum hat Dr. Warg es gestern im Ausschusse namens des Zentrums abgelehnt, ein einseitiges Ausnahmegesetz gegen links mitzumachen. Die Krisis drängt nicht mehr stürmisch vorwärts zur Entscheidung — sie schleicht.

Auch die Regierungserweiterung nach links, die noch vor ein paar Tagen im besten Zuge war, ist wie mit einem Aufsatzen gekommen. Auch hier macht die Parole: der Feind steht rechts bei ihrer Uebertragung in die Wirklichkeit erhebliche Schwierigkeiten. Sozialdemokraten und Unabhängige haben sich verständigt, und die Mehrheitssozialdemokraten sind an ihre bürgerlichen Koalitionsgenossen mit dem Ersuchen herangetreten, die Unabhängigen in die Koalition zu übernehmen. Noch vor ein paar Tagen konnte man glauben, es werde ein Uebergang mit fliegenden Fahnen sein. Heute stellt sich heraus, daß Zentrum und Demokraten von der Hinzuziehung der Unabhängigen zur Regierung gar nicht so sehr erbaut sind. Sie sind deshalb auf den geschickten Einfall gekommen, den Sozialdemokraten nicht nur eine Erweiterung nach links, sondern auch eine solche nach rechts vorzuschlagen, und sie scheinen die Absicht zu haben, ihrerseits die Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierung vorzuschlagen. Ob unter diesen Umständen aus der Erweiterung der Regierung überhaupt etwas werden kann, ist sehr zweifelhaft! Es würde aber doch zum mindesten zu einem gewissen Ausgleich zwischen rechts und links kommen und das Hinabgleiten der Regierungskoalition zu den Unabhängigen, also die ausgesprochene Linksorientierung der Regierung vermieden werden.

Wie sich aus diesem Stand der Dinge die Krisis weiter entwickeln wird, ist noch ganz unsicher. Die Deutsche Volkspartei würde wohl, wenn sie um ihre Mitarbeit in der gegenwärtigen Regierungskoalition angegangen würde, grundsätzlich dazu ebenso bereit sein wie bei früheren Gelegenheiten. Praktisch aber erhebt sich die Frage, wie der Uebergang von der einseitigen Regierungsverschärfung nach links, wie sie anfangs mit allen Mitteln betrieben wurde, zu einer besonnenen, vernünftigen Sammlungspolitik bewerkstelligt werden soll. Im Reichstage selbst ist wie auch bisher schon die Spannung zwischen den Fraktionen gar nicht so sehr groß. Und es braucht deshalb in der parlamentarischen Lage selbst kein unüberwindliches Hindernis dafür gegeben zu sein, daß man sich bei der Ausgestaltung des Ausnahmegesetzes auf einer mittleren Linie — unter Abstoßung der Unabhängigen — zusammenfindet. Zentrum und Demokratie scheinen jedenfalls heute den besten Willen dazu zu haben. Aber außerhalb des Parlamentes ist die Spannung, ist der Druck der Massen, den man mit Bewußtsein hervorgerufen hat, vorhanden. Von ihm sich zu befreien, ist weder für die Regierung noch für die Sozialdemokratie sehr leicht. Deshalb ist es gar nicht ausgeschlossen, daß die schleichende Krisis sehr bald wieder andere, gefährlichere Formen annimmt. Vorläufig ist das Kennzeichen der Lage ein großes Fragezeichen.

### Schadenersatz und Sachlieferungen.

Paris, 6. Juli. In der heutigen Vormittagsitzung der Kammer wurde ein Gesetzentwurf über die direkten Steuern beraten. Einige Redner, darunter Andre Tardieu, betonten die Notwendigkeit einer großen Finanzdebatte, bevor die Kammer in Ferien gehe. Tardieu erklärte, der Finanzminister habe im vorigen Jahre gesagt, alle Anstrengungen würden vergeblich sein, wenn man die Reparationsfrage nicht löse. Die Rechte, die man aus dem Friedensvertrage habe, seien fast alle seit 1920 herabgemindert worden dadurch, daß man den lächerlichen Schadenersatz durch Deutschland durch einen Plan ersetzt habe, der aufgebaut sei auf der Zahlungsfähigkeit Deutschlands. Der Londoner Zahlungsplan habe die Rechte Frankreichs ohne Kompensationen herabgesetzt. Frankreich habe bis jetzt nur 1236 Millionen Goldmark von Deutschland erhalten oder umgerechnet 8 Milliarden Papiermarken. Tardieu erinnert auch an das Deutschland bewilligte Moratorium.

Finanzminister de Pastre ruft dazwischen: Die Reparationskommission habe es bewilligt. Tardieu erklärt, die Reparationskommission sei zu Unrecht mit dieser Frage betraut worden. Sie habe nicht das Recht, ein Moratorium zu bewilligen, bevor man sich nicht versichert habe, daß die Einnahmequellen Deutschlands verbessert werden könnten. Der Redner weist auf Art. 248 des Versailler Friedensvertrages hin, der gestatte, die deutschen Domänen, die vor dem Kriege 35 Milliarden Wert gehabt hätten, auszubereiten. Hätte man keine Gesellschaften gründen können, um dies zu tun, anstatt den Erfolg der akademischen Debatte des Garantienausschusses abzuwarten? Die Bankiers hätten erklärt, daß man Deutschland bei den augenblicklichen Bedingungen der Jahreszahlungen keine Anleihe gewähren könne. Wenn die Regierung dem Zusammenritt des Bankierkomitees feindlich gegenüber gewesen sei, hätte sie es sagen müssen.

Von den Sachlieferungen hält er gar nichts, solange man keine Sachlieferungen betreiben wolle. Im ganzen habe man bis jetzt an Materialien für 9 Millionen Goldmark erhalten. Tardieu will nicht gelten lassen, daß die französischen Industriellen sich Materiallieferungen übersehen hätten, denn zu gleicher Zeit hätten sie für Deutschland für 900 Millionen Goldmark Waren gekauft. Das seien Sachlieferungen und Käufe von Maschinen gewesen. Auch Juter hätte die Reparationskommission von Deutschland verlangt können. Hierdurch und durch andere Lieferungen wäre der französische Wechselkurs verbessert worden. Der Hon. Le Troquer sei sehr schön, aber man müsse ihn vernünftiger lassen. Der Abg. Voucheur sagt, er werde das Wiesbadener Abkommen diskutieren, wenn die Zeit gekommen sei. Tardieu sagt, die Reparationskommission sei zu schwerfällig. Das Abkommen von Wiesbaden hätte man durch das Parlament nicht ratifizieren lassen müssen, wenn man in das Finanzgesetz einen Artikel eingefügt hätte, daß man die Einfuhrzölle abändere, um das Abkommen auszuführen. Hierzu sei noch Zeit, sonst ginge das Jahr 1922 auch unruhig dahin. Finanzminister de Pastre antwortete Tardieu nicht und erklärte, es handle sich heute nicht um eine Debatte über die Finanzpolitik. Tardieu stellt fest, daß die Regierung in der Finanzpolitik versage. Hierauf wird der Gesetzentwurf über die direkten Steuern angenommen.

### Die Haager Konferenz.

Haag, 7. Juli. Krassin ist gestern im Haag eingetroffen. Da gegenwärtig sehr wichtige Unterhandlungen inoffiziell geführt werden, die den Vorbereitungen zur Fortsetzung der großen Besprechung in den Unterkommissionen dienen, wird Krassin's Eintreffen außerordentlich große Bedeutung beilegt. Während man noch gestern die Aussichten der Konferenz sehr skeptisch beurteilte, ist man heute geneigt, auf einen guten Fortgang der Verhandlungen zu hoffen. Hauptächlich kommt in Betracht, daß Krassin große Konzeptionsprojekte mitgebracht hat, die mit einem Schlage die ganze Situation ändern könnten. Mit Rücksicht auf die wichtigsten Beschlüsse der Außenhandelskonferenz in Moskau, an der Krassin bis zu ihrer Beendigung teilgenommen hat, sind die allerwichtigsten Punkte in den Kommissionen noch nicht berührt worden.

Sokolow machte den Pressevertretern weitere Ausführungen über den Standpunkt der Sowjetregierung. Er sagte, die Anerkennung eines Teiles der Vorkriegsschulden, sowie die teilweise Rückgabe und Entschädigung des Privateigentums sei ein großes Entgegenkommen der Sowjetregierung. Die Kreditfrage müsse schnell geregelt werden. Russland wolle die Kredite zur Beschleunigung seines Wiederaufbaues, an dem die Westmächte zu interessieren seien. Wenn dies die Westmächte nicht einsehen, so würden sie sich damit keinen Dienst erweisen, denn Sowjetrußland wolle schließlich auch noch einen Weg, um mit Hilfe von Sonderabkommen mit einzelnen Mächten zur Gesundung seines Wirtschaftslebens zu gelangen. Ueber die Ernte sagte er, daß Russland dieses Jahr mit reichem Ertragnisse versehen sei. Der Mindestertrag werde eine Milliarde Goldmark betragen. Zu den Konzeptionen äußerte sich Krassin, daß sie für das westeuropäische Kapital so günstige Aussichten eröffnen, daß er es nicht verhehen könnte, wenn gewisse Gegenstände auf der Konferenz eine schnelle Regelung des russischen Problems verhinderten.

### Eine Erklärung der Reichsleitung zum Fall Leoprechting.

München, 7. Juli. Von zuständiger Berliner Seite ist den „N. N.“ eine offiziöse Erklärung zum Prozeß Leoprechting zugegangen, in der die Reichsregierung erklärt, daß sie gegenüber den Berichten und Kommentaren über die angeblichen Unterstützungen an Leoprechting großen Wert darauf legt, der bayerischen Öffentlichkeit vollste Aufklärung über die tatsächlichen Vorgänge zu geben.

Die Erklärung stellt fest, daß Leoprechting dem Gesandten des Reiches, Grafen Zech, niemals politische Mitteilungen gemacht hat. Der Staatssekretär in der Reichskanzlei beschränkte sich bei einem Empfang darauf, ihn anzuhören. Eine politische Folgerung wurde nicht gezogen. Bei der Presseabteilung stellte sich Leoprechting als Beauftragter eines in Bildung begriffenen bayerischen Zeitungskonzerns vor. Bei weiteren Besuchen wurde er von dem Leiter der Presseabteilung nicht mehr empfangen. Seiner Denkschrift über die politischen Zustände in Bayern wurde keine Bedeutung zugemessen. Eine Gesandtschaft für seine persönliche politische Betätigung hat er von der Presseabteilung niemals erhalten. Im Herbst 1921 wurde schon vor Leoprechting von der Abteilung eine Warnung an die nachgeordneten Stellen erlassen. Mitteilungen politischer und vertraulicher Natur hat er niemals erhalten.

Zusammenfassend wird festgestellt, daß der Reichskanzler zu Leoprechting keinerlei Beziehungen hatte und daß der Vertreter der Reichsregierung in München ebenfalls keine gegen die Pflichten des Reiches gegenüber Bayern verstoßende Beziehungen pflog. Der Chef der Reichskanzlei hat ihn einmal empfangen, ohne seinen Mitteilungen Bedeutung beizulegen. Der Chef der Reichspressabteilung hat ihn als Journalisten empfangen und den Verkehr bei dem Austausch des Verdachtes, daß er als Vertrauensmann eines Zeitungskonzerns nicht legitimiert war, abgebrochen. Von seiner Reichsreise wurden Leoprechting irgendwelche Mittel zu seiner Tätigkeit als politischer Agent zur Verfügung gestellt und keine politischen Mitteilungen von irgendwelcher Wichtigkeit gemacht.

### Kriegsschuldigen Debatte in der französischen Kammer.

Paris, 6. Juli.

Der Kammerpräsident greift ein. Cauchin vertiefte einen Bericht des belgischen Gesandten in Paris vom Jahre 1914, in dem von der nationalen politischen Polizei Poincares und Witterands gesprochen wird, die gefährlich sei. Cauchin bedauert, daß der Ministerpräsident jetzt abwesend sei, da er gerade im Begriffe steht, ihn direkt in die Debatte zu ziehen. Cauchin hält in seiner Rede inne und führt erst wieder fort, nachdem Poincare in den Sitzungssaal zurückgekehrt ist. Er ruft Poincare zu: Ich habe von der Regierung Ihre Anwesenheit zu verlangen. Dann geht er auf die Friedensversuche Kaiser Karls von Oesterreich im Jahre 1917 ein. Poincare unterbricht und sagt, er habe von diesem Schritt sofort Ribot Kenntnis gegeben. Nach am 5. April, 6 Tage nach dem Telegramm des Kaisers, habe er mit den Parteien gesprochen. Cauchin erinnert daran, daß Lloyd George die Friedensvorschlüge für wichtig gehalten habe. In Frankreich aber habe man sie fallen lassen.

Ministerpräsident Poincare, mit Beifall begrüßt, ergreift das Wort und sagt, daß er nicht wisse, auf was er antworten solle. Er habe versucht, von der langen Rede Ballants etwas zu verstehen. Poincare spricht nochmals von dem Bild, das verbreitet werde und auf dem er auf einem Kriegesfeldhof lächeln solle. Es handele sich hier nicht um eine offizielle Photographie, sondern um eine Reproduktion einer Zeitschrift. Ein Abgeordneter ruft: Das Bild ist retouchiert. Poincare geht alsdann sachlich auf die Debatte ein, wobei er den Kommissionen den Vorschlag macht, daß sie einen Teil der Verantwortlichkeit Deutschlands auf Frankreich abladen wollten. Wenn man den ehemaligen Präsidenten der Republik angreife und alle Regierungen, die um ihn waren, dann greife man Frankreich selbst an. Man könne feststellen, daß die Heftigkeit der Kampagne durch Deutschland gegen diese Regierungen und gegen die Urheber des Versailler Friedensvertrages entfesselt werde. Die Urheber des Vertrages hätten gewollt, daß er vollkommen auf dem moralischen Gedanken und nicht nur auf dem Sieg der Waffen ruhe. Dieser Vertrag baue sich auf der Verantwortlichkeit für den Krieg auf, und die beiden französischen Kommissen hätten einstimmig dieser Auffassung zugestimmt. Deutschland habe versucht, in England, in den Vereinigten Staaten und selbst in Frankreich die Kampagne zu entfesseln, die in Deutschland entfesselt worden sei, um die Verantwortlichkeit auf andere abzumähen.

Briand erhebt sich und sagt, nicht nur der Versailler Vertrag beruhe auf diesem Grundgedanken. Während der Verhandlungen von London habe Dr. Simons die Verantwortlichkeitsfrage aufzuwerfen wollen. Die Alliierten hätten Deutschland ein Ultimatum überreicht, und nicht nur die deutschen Unterhändler, sondern auch die Mitglieder der deutschen Nationalversammlung hätten noch einmal die Kriegsverantwortlichkeit übernommen. (Sehr großer Beifall.) Poincare dankt Briand und erinnert daran, daß er 1912 keine persönliche Politik, auch keine kriegerische Politik getrieben habe. Er habe seine Kollegen im Ministerium ländig auf dem Laufenden über seine Handlungen gehalten. Damals sei, als er das Kabinett gebildet habe, Frankreich noch erregt gewesen wegen der Abtrennung eines Teils von Kongo. Das von ihm gebildete Kabinett habe als erste Handlung einen Akt des Entgegenkommens gegen Deutschland vollzogen dadurch, daß es den Vertrag von 1911 habe ratifizieren lassen. Man könne sich jetzt fragen, ob diese Geste zu früh gewesen sei. Denn Marshall Bugele habe in Moskau bereits gefunden, daß Deutschland einschließen gewesen sei, einen Krieg in Marokko zu entfesseln, wenn am Balkan der Krieg nicht ausgebrochen sei. Die Politik, die sein Ministerium im Jahre 1912 verfolgt habe, sei eine politische europäische Entente gewesen.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede in der gestrigen Kammer Sitzung sagte Ministerpräsident Poincare bezüglich der Behauptung Iswolskis, daß dieser Bolschewist keinen Einfluß auf die Haltung Frankreichs gehabt habe, welches immer eine Politik der Annäherung an ganz Europa verfolgt habe. Frankreich habe sich 1912 damit begnügt, den Balkanankersitz dieses zu beschränken und aufzuhalten. Freilich, von Schön habe selbst anerkannt, daß die Bemühungen Frankreichs sich denen Deutschlands zur Wahrung des Friedens angegeschlossen hätten. 1914 habe die französische Regierung so wenig an einen Krieg gedacht, daß er, Poincare und Briand nach Russland gereist seien, wo sie mitten in der Olfse der Ereignisse erwidern hätten. Poincare vertiefte seinen Brief an den König von England, in dem er die Ansicht ausspricht, daß mit Rücksicht auf die intensiven Vorbereitungen Deutschlands, wenn England, Frankreich und Russland den Eindruck einer starken Einigkeit geben, große Aussicht vorhanden sei, daß der Friede nicht gekürt werde. Frankreich habe alles getan, um Europa und der Welt diese Katastrophe zu ersparen. Die Bedingungen, welche Deutschland für die Neutralität Frankreichs aufgestellt habe, nämlich die Auslieferungen der französischen Festungen an der Ostgrenz, seien beschämend für Frankreich gewesen. Aber Deutschland habe nicht einmal die Antwort abgewartet, sondern Frankreich den Krieg erklärt.

Poincare rühmt dann die Antwort des Königs der Belgier und des belgischen Volkes auf das deutsche Aninnen. (Groß dem Japsobchicht jubelte bei diesen Worten die ganze Kammer dem belgischen Botschafter und dem Belgien zu.) Poincare erinnerte an die Einstimmigkeit der Kammer einschließlich der Sozialisten, welche der Botschaft des Präsidenten und der Rede Briands zugestimmt hätten, monach Frankreich keine Schuld trage.

Bezüglich der Beschuldigung, die Friedensmöglichkeiten während des Krieges zurückgewiesen zu haben, erklärte Poincare: Man habe die Vorschläge Kaiser Karls von Oesterreich, die von dem Prinzen Sigis von Rouillon überreicht wurden, nicht in Betracht ziehen können, da Oesterreich von den deutschen Truppen besetzt gewesen sei. Deutschland habe diesen Vorschlägen, die es nicht gefannt habe, keineswegs zugestimmt. Ledrigens hätten diese Vorschläge für Italien durchaus keinen Vorteil enthalten, und Frankreich hätte nicht gegen das Abkommen von 1913 verstoßen und an keinen Frieden ohne Italien denken können.

Der frühere Ministerpräsident Painleve greift ein und erklärt, daß Sonnino auf die ersten inneren Folgen hingewiesen habe und die daraus entstehenden, wenn Italien nur das erhalten würde, was Bülow schon im Falle seiner Neutralität geboten habe. Außerdem würde Deutschland Oesterreich nicht gestützt haben, die esch-lothringische Frage aufzuwerfen. Oesterreich und Deutschland wären Verbündete geblieben, während das verräterische Italien uns aufgegeben hätte. Painleve schließt: Die Friedensverhandlungen von 1917 würden zu einem Unglück geführt haben. Dann vertiefte er die von der französischen Kammer einschließlich Sembat und Cauchin angenommene Entschädigung, in welcher der Wille Frankreichs zum Ausbruch gebracht wurde, Frankreich und Italien unloslich miteinander verbunden zu erhalten.



Poincaré bestätigt die Erklärung Poinleves und fügt hinzu, er könne über die persönlichen Beleidigungen hinweggehen. Er könne aber nicht die Wirkung dieser Angriffe bei den Alliierten außer Acht lassen, ihm in dem Kampfe Recht gegeben und den widerfährlichen lassen, ihm in dem Kampfe Recht gegeben und den Frieden von Versailles unterzeichnet, der nicht nur die teilweise, sondern die ausschließliche Verantwortung Deutschlands festsetzt. Diese Nationen hätten nicht auf dem Boden Frankreichs gekämpft, wenn Frankreich nur einen geringen Teil der Schuld gehabt hätte. Die deutsche Kampagne wolle den Glauben erwecken, daß Frankreich seine Verbündeten hinter sich führe. Poincaré erklärte es für beschämend und erbärmlich, daß einige irreführende Franzosen diesen Feldzug unterstützen. Das ganze Band betrachte das mit seinem unerschütterlichen gesunden Verstand als eine Beleidigung des Vaterlandes. (Die Kammer erhebt sich und jubelt Poincaré zu, von allen Parteien ersten die Abg. auf die Regierungstische zu und begrüßten ihn den Ministerpräsidenten.)

In einer Resolution wurde schließlich mit 487 gegen 65 Stimmen eine Tagesordnung der Sozialisten abgelehnt, welche die Schaffung einer Kommission zur Untersuchung des Krieges verlangte. Mit 532 gegen 65 Stimmen wurde eine Tagesordnung angenommen, welche den Verleumdungsfeldzug zurückweist, der organisiert worden sei, um die Verantwortlichkeit für den Krieg abzuwälzen trotz der Unterzeichnung des Versailles Friedensvertrags und der Bestätigung des darin enthaltenen Bekenntnisses der Schuld am Kriege durch den deutschen Reichstag vom 12. Mai 1921.

**Die Erweiterung des Kabinetts.**

**Zum Brief an die Deutsche Volkspartei.**

Berlin, 7. Juli. (Priv.-Tel.) Zu dem gemeinsamen Brief des Zentrums und der Demokraten an die Deutsche Volkspartei und die Bayerische Volkspartei der diese Parteien auffordert, sich an der Regierung aktiv zu beteiligen, bemerkt der „Vorwärts“: In maßgebenden Kreisen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion stehe man diesem Schritt der bürgerlichen Koalitionsparteien äußerst pessimistisch gegenüber, zumal man sich darüber klar sei, daß ein Gesetz zum Schutze der Republik, wie es unter den augenblicklichen Verhältnissen notwendig sei, nur durch eine linke Mehrheit mit Einschluß der Unabhängigen erledigt werden könne. Bei der Deutschen Volkspartei scheine bei der Rückkehr Stresemanns die Geneigtheit zur Teilnahme an der Regierung stark zu wachsen.

**Deutsches Reich.**

**Schutz der Zeitungsbetriebe.**

BB. Berlin, 7. Juli. Aus Anlaß der in den letzten Tagen an verschiedenen Orten Deutschlands begangenen Ausschreitungen gegen Zeitungsbetriebe hat der Verein deutscher Zeitungsverleger das Reichsministerium des Innern mit allem Nachdruck gebeten, geeignete Schritte zum Schutze der Zeitungsbetriebe zu unternehmen.

**Lärmzeiten bei den Kölner Stadtverordneten.**

BB. Köln, 7. Juli. Die gestrige Sitzung der Stadtverordneten wurde von dem Oberbürgermeister mit Worten der Verurteilung der Freiwelt an Rathenau eröffnet, die die Versammlung lebend anhörte. Die Versammlung beschloß unter anderem den Beitritt der Stadt zum rheinischen Volkstheater. Bei der Behandlung des Antrages der sozialdemokratischen Fraktion, für den Kölner Wilhelmring u. Hohenzollernring die Bezeichnung Walter Rathenau- und Erzbergergering und für die Hohenzollernbrücke bei der Regierung die Bezeichnung Dombrücke zu erwirken, entstanden Lärmzeiten. Mitglieder der äußersten Linken versuchten gegen Mitglieder der Rechten tätlich zu werden. Besonders tat sich hierbei der kommunistische Abg. Reuhäuser hervor, der bei dem Versuch, tätlich zu werden, sogar seine Jacke ausgezogen hatte. Infolge des Zwischenfalls erklärte der Oberbürgermeister die Sitzung für geschlossen. Eine Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag fand nicht statt.

**Zum Erzbergermord.**

TL. Offenburg, 6. Juli. Im Anschluß an den Killinger-Prozess hatte die „Offenburger Zeitung“ einen Artikel veröffentlicht, in dem u. a. mitgeteilt worden war, eine verantwortliche juristische Persönlichkeit habe erklärt, daß während der Voruntersuchung eine kompetente juristische Persönlichkeit ihren Einfluß geltend gemacht habe, der wesentlich dazu beitrug, die Festnahme der Erzberger-Mörder zu verhindern. Das Blatt erklärt nun, daß seine Behauptung auf einer falschverstandenen Mitteilung beruhe.

**Die blaue Flamme.**

Roman von Heinz Welten.

20) (Nachdruck verboten.)  
Copyright 1921 by Verlag von Rich. Bong, Berlin.  
(Fortsetzung.)

Alle Kollegen, die ihn interessieren, befragt er. Wie ein Durstender ist er, der nach langer Wüstenwanderung in eine Oase tritt, in der viele Bäche entspringen. Aus allen Quellen möchte er seinen Durst löschen. Anthropologie will er hören und Mythologie, die Religionsphilosophie von Schelermacher, von Hegel und Feuerbach, die Ethik von Kant und Spinoza, die Entwicklung des Deismus, die biblische Philologie, Jagogit und Hermeneutik. Aus allen Quellen will er schöpfen, aus allen seinen Durst löschen.

An der Mittagstafel in der goldenen Kugel, wo viele Theologen speisen, in den Hörfällen und in der Bibliothek lernt er Studenten kennen; er wird von ihnen wieder mit anderen bekannt gemacht und bekommt bald einen größeren Bekanntheitskreis. Erst seit zwei Wochen ist er in Halle und schon muß er, wenn er abends durch die Wirtschaft geht, in der die Studenten, die kleinen Ladnerinnen und die schamlosen Bürgerlicher promeneren, fast ununterbrochen an seinen Hut greifen, um zu grüßen oder Grüße zu erwidern.

Nur im Hause des Sparfahnenrunden Sievers findet er nicht den ermüdeten Anblick. Zwar ist Frau Sievers selbst sehr freundlich zu ihm. Mit jener mütterlichen Sorgfalt, mit der in Universitätsstädten die Zimmerwirtinnen häufig über ihrem Studenten wachen, zumal wenn er noch ein blühendes erstes Semester ist, betreut sie ihn und hält sich, wenn er zu Hause ist, oft länger in seinem Zimmer auf, als ihm lieb ist. Denn er hat wenig Zeit, muß sehr viel arbeiten, weil er so viel befragt hat. Auch fürchtet er das Gespräch mit ihr, das immer auf Stelzen läuft, weil er stets bemüht ist, in der Unterhaltung alles zu vermeiden, was auf ihr nahes Ende hindeuten könnte. Sie ist nach gänzlich ahnungslos, obwohl sie immer blaß aussieht und er sie nachts oft husten hört. Sie steht in keiner gefunden Haut, und ein heftiges Fieber wird sie bald überwältigen. Aber er wagt nicht, davon zu sprechen, wagt nicht, sie zu warnen. Auch würde eine Warnung nichts nützen.

Nur kleine Aufmerksamkeiten kann er ihr zuweilen erweisen. Bücher von Koobe, von Fontane und Gottfried Keller, die er von Hans mitgebracht hat, gibt er ihr zu lesen. Auch weicht er ihr nicht mehr aus, wenn sie ihn in eine längere Unterhaltung verwickelt. Denn damit erweist er sie am meisten. Längst weiß er, daß ihre Geschickten reiche, vornehme Leute gewesen sind, die Wagen und Pferde besaßen. Und ihr Vater ist ein Amtsrichter gewesen, ihr Bruder ist gar Offizier geworden. Bis zum Hauptmann hat er es

**Die Kohlenversorgung Badens im Juni 1922.**

(Eigener Drahtbericht.)

TL. Karlsruhe, den 7. Juli 1922.

Die badische Landes-Kohlenstelle teilt mit: Rheinmohlfeld und Wogengestänge liegen im Monat Juni nichts zu wünschen übrig, trotzdem waren die Ankünfte in Brennstoffen durchaus unzureichend. In erster Linie litt darunter die Gaswerke, die nur mit der Hälfte ihres Kontingents beliefert werden konnten. Auch für den kommenden Monat sind nach den erhaltenen Auskünften die Ankünfte auf eine Besserung der Gasföhrungsverorgung außerordentlich gering. Der Kohlenbedarf für die sonstigen Industrien konnte ebenfalls nur teilweise gedeckt werden. Die Einfuhr von Saar- und englischer Kohle nehmen erheblich zu. Der Bezug muß bei der unzureichenden Befeuerung Badens von der Ruhr auch weiterhin empfohlen werden. Eine Anrechnung auf das Kontingent wird voraussichtlich nicht erfolgen. Die Einfuhr an Sehtenots waren besser wie im Vormonat, reichten aber zur Deckung des Bedarfs trotzdem nicht aus.

Da die verhältnismäßige Besserung in der Befeuerung nicht auf vermehrte Forderungen, sondern auf die jetzt in der Hauptsache bedeckte Abfuhr der Halbenbestände zurückzuführen ist, muß für den Monat Juli mit Winderbefeuerung gerechnet werden. Der Bezug von ausländischen Kohle wird sich daher trotz der hohen Preise nicht umgeben lassen, um ein Einstellen der auf Kohleverbrauch angewiesenen Betriebe zu verhindern. Die Anlieferung in rheinischen Braunkohlenbräuelen waren normal, entsprechen jedoch nicht der Nachfrage. Die Einfuhr in mitteldeutschen Becken waren schleppend, gegen Ende des Monats infolge besonderer Maßnahmen etwas besser. Die Schmiedehöfenverorgung war dauernd ungenügend, infolge der hohen Anforderungen der Gießereien gerade in Qualitätskohle kann hier am wenigsten mit einer nachhaltigen Befeuerung gerechnet werden. Es muß daher der Verlust gemocht werden, durch Beschaffung von ausländischer Kohle Abhilfe zu schaffen.

Im Hausbrand macht sich der Brennstoffmangel während der Sommermonate nicht in vollem Maße fühlbar. Die Befeuerung der Bezugskohle erfolgt aber außerordentlich schleppend. Es kann daher auch für den Hausbrand der Bezug von ausländischer Kohle nur empfohlen werden.

**Badischer Landtag.**

Annahme des Voranschlages des Arbeitsministeriums und der Anträge für die Kriegsschädigten und Hinterbliebenen.

TL. Karlsruhe, 8. Juli.

(Eigener Drahtbericht.)

Zu Beginn der Freitags-Sitzung wurde die Einzelberatung des Voranschlages des Arbeitsministeriums fortgesetzt. In der Aussprache befaßte sich Abg. Kalber (Landbund) noch mit der Siedlungsfrage und warnte vor einer Vermehrung der Zwergbetriebe. Arbeitsminister Dr. Engler bemerkte dazu, der Zweck der Siedlungsfrage könne für Baden nur der sein, den Besitz der Zwergbetriebe aufzuräumen und wirtschaftlich zu gestalten. Das Hingehalten an diesen Betrieben habe deshalb Schiffbruch gelitten, weil seine Leiter sich mit Spekulation abgaben. — Abg. Häflich (Soz.) verlangte die vollste Ausnützung des Geländes und Abg. Schmidt-Becken (Dn.) wünschte, daß bei der Zusammenlegung des Landesbündlungs-ausschusses entsprechende den eigenartigen bädischen Verhältnissen die Landwirte nicht mehr berücksichtigt werden müßte.

Es folgte die Einzelansprache über die Position des Wasser- und Straßendammes, Rheinischfahrt, geologische Landesmessung und Bergwesen. In der Aussprache wünschte u. a. Abg. W. K. (Str.), daß die Allgemeinheit an der Instandhaltung der Straßen und Wege beteiligt, und Abg. W. m. a. n. (Str.) unterstützte den Wunsch der ober-rheinischen Gemeinden nach ausreichender Befeuerung mit elektrischem Strom. Der Regierungsvorredner erklärte, daß augenblicklich in Heidelberg in der Frage der ober-rheinischen deutsch-schweizerischen Kraftwerksverträge, so auch bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Donau-Nachfrage, die Regierung sich energisch für die Wahrung der bädischen Interessen einsetzen werde. Die weitere Aussprache brachte lediglich lokale Wünsche.

Der gesamte Voranschlag des Arbeitsministeriums wurde hier-nach mit allen gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen angenommen, und damit war der gesamte Staatsvoranschlag für die Rechnungslehre 1922/23 verabschiedet. — Angenommen wurden noch einige Entschlüsse des Haushaltsausschusses, die dahin gingen, die Regierung möge prüfen, ob der Betrag von 10 000 M. für die Fortbildung der Ingenieure nicht eine Erhöhung erforschen könne. Ferner möge man das Vermessungspersonal in der Beförderungsoordnung so einrichten, daß ein genügender Zugang gesichert ist. Sie möge prüfen, wie die Ausbildung der Kulturtechniker zweck-mäßiger gestaltet werden kann.

Die von der Deutschen Volkspartei, den Sozialdemokraten und Zentrum und den Designationals vorliegenden 4 Anträge über die Kriegsschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Fürsorge war vom Arbeitsausschuß in einen einzigen

gebracht und dann hat er seinen Abschied genommen, um in einer Wehrfabrik einen hohen, verantwortlichen Posten bekleiden zu können.

Das alles hat sie ihm schon oft erzählt und sie erzählt es ihm immer wieder. Denn er ist aus guter Familie — an seiner feinen Wäsche kann sie es inschwer erkennen — und sie freut sich, ihm beweisen zu können, daß auch ihre Wägel in seinem geringen Hause gestanden hat, obgleich sie heute nur die Frau eines kleinen Beamten ist und Zimmer vermietet muß, weil das Gehalt ihres Mannes so klein ist.

Johannes hört ihr geduldig zu. Er hofft durch sie in ein näheres Verhältnis zu ihrem Mann zu gelangen, der das schwerere Los gezogen hat. Für die, die sterben müssen, ist der Tod nur ein Schlaf; zum Tode wird er erst den Liebetreibenden.

Aber der Rentamt Sievers lehnt die Versuche des jungen Studenten, in ein künzigeres Verhältnis zu ihm zu gelangen, höflich ab. Er hat keine Zeit, mit seinem Zimmerherrn abends spazierzugehen und ihm die Stadt zu zeigen. Er hat auch an den drei anderen, bislang noch freien Abenden Vorträge befragt und arbeitet nach dem Schluß dieser Vorträge mit seinen Kollegen mehrere Stunden lang, so daß er erst spät in der Nacht heimkommt, und Johannes ihn nur am Morgen, bevor er ins Kolleg geht, zuweilen auch mittags auf einige Minuten zu Gesicht bekommt. Herr Sievers ist ein mittelgroßer, schlanker Herr mit einem scharfgeschnittenen Profil und dunklem, schon grau melierten Haar. Seine Gesichtsfarbe ist blaß, seine Augen sind fast immer gerötet. Er ist sehr nervös, oft schlechter Laune, und die Kinder fürchten sich vor ihm. Auch die Frau geht zusammen, wenn sie ihn unten die Haustür schließen hört, und atmet befreit auf, wenn er nach dem Mittagessen das Haus wieder verläßt.

Eine andere Bekanntschaft, die Johannes in den ersten Tagen bereits gemacht hat, ist ihm besser ausgefallen. Im Kolleg des Professors Scholz über Jagogit ist er mit Hanns Andreas Wagner bekannt geworden. Hanns Andreas Wagner ist ein Postensohn aus einem kleinen, heftigen Landstädtchen. Er ist ein langauf-geschossener, lemmelbänder Bürche, hager und edig mit krummen Rücken und vorgeschobenen Schultern. Er stenographiert jedes Kolleg mit und läßt den Bleistift nicht aus der Hand, bevor der Vortragende den Hörsaal verlassen hat. Er hat noch niemals eine Vor-lesung verstanden und ist selbst an einem Morgen erschienen, als er einer kleinen Schnittwunde wegen, die er sich tags zuvor durch Un-feldid zugewogen hat, am Nachschreiben verhindert ist. Damals hat er sich Johannes vorgestellt und ihn gebeten, das Kolleg genau mit-zuschreiben und ihm die Abschrift zu gestatten.

So sind sie miteinander bekannt geworden. Sie haben einander befragt und sind auch schon ein paar mal zusammen spazierenge-gangen auf die Wälen, in das Bürgerwäldchen oder auf die Roden-

Antrag zusammengestellt worden, der einstimmig angenom-men wurde und den folgenden Wortlaut hat: Die Regierung wird ersucht, bei der bevorstehenden Reform des Reichsversorgungsgesetzes dafür einzutreten, daß die Renten für Kriegsschädigte und Kriegs-hinterbliebenen dem gesunkenen Gehalt angepaßt und mit dem weite-ren Fortschreiten der Geldentwertung jeweils sobald erhöht werden, daß eine Anrechnung der Bezüge aus einer Krankentasse, der Reichsversicherung oder aus einer Knappheitskasse nicht mehr statt-findet, daß in der Heilbehandlung eine Begrenzung auch dann nicht stattfindet, wenn eine Besserung des Gesundheitszustandes nicht mehr zu erwarten ist, daß der Betrag, bei dem eine Kürzung der Rente erfolgt, wesentlich erhöht wird, und endlich Schwerkrriegsschädigten und Kriegserwitwen von einer gewissen Einkommensgrenze an von der Umsatzsteuer sowie den Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammerbeiträgen befreit werden. Die Reichsregierung soll ersucht werden, die Teuerungszuschüsse der Kriegsschädigten, der Kriegshinterbliebenen jeweils gleichzeitig mit der Aufbesserung der Beamtenbezüge entsprechend zu erhöhen und den erwerbunfähigen alten Veteranen und Kriegserwitwen und den in der Ausbildung befindlichen Kriegshinterbliebenen und Kriegsschädigten im Falle der Bedürftigkeit eine außerordentliche einmalige Teuerungszuschüsse zu gewähren.

Es folgte noch die Beratung von keinen Vorlagen. Angenom-men wurde ein Antrag des Haushaltsausschusses, wonach ein Gesetz erlassen werden soll, in dem bestimmt wird, daß die Gemeinden und sonstigen öffentlichen Körperschaften ihren Beamten ohne Ge-mehrung des zuständigen Ministeriums nicht Amtsbezeich-nungen verliehen dürfen, die Staatsbeamten zukommen. Ferner wird eine damit im Zusammenhang stehende Eingabe des Vereins bädischer höherer Beamten über die Aenderung der Amtsbezeichnung in der Regierung mit dem Ersuchen überwiesen, sie möge mit den übrigen süddeutschen Ländern wegen einer gemeinsamen Amtsbe-zeichnung der Bezirksverwaltungsbeamten ins Benehmen treten. In erster Lesung wurde das in dem Antrag enthaltene Gesetz mit Mehr-heit angenommen. Kommunisten und Unabhängige stimmten da-gegen. Die zweite Lesung erfolgt später.

Weiter wurde noch ein Antrag der Reichsvereinigung ehemaliger Kriegssoldaten, Landesgruppe Baden, um Gewährung eines Zu-schusses für die bedürftigen ehemaligen Kriegssoldaten in Baden der Regierung mit dem Ersuchen überwiesen, es möge diesen Kriegs-gefangenen aus Reichsmitteln ein Zuschuß gewährt werden.

Die nächste Sitzung findet am 17. Juli, nachmittags 4 1/2 Uhr statt. Auf der Tagesordnung stehen keine Vorlagen.

**Vorschläge für Aenderung des Einkommensteuergesetzes.**

TL. Karlsruhe, 6. Juli. Die fortschreitende Geldentwertung seit der letzten Aenderung des Einkommensteuergesetzes hat den bisher-igen Steuerzins überhöht. Aus Arbeitnehmerkreisen erhebt sich das dringende Verlangen nach Anpassung der Steuerrufen für die Abzüge an Lohn und Gehalt an den anders gewordenen Geldstand. Man empfindet es als ungerecht, daß Einkommen über 50 000 M. einem höheren, als dem 10 Proz.-Abzug unterliegen. In Würdigung dieses Umstandes ist der Deutsche Gewerkschaftsbund (Gesamtverband deut-scher Angestellten-Gewerkschaften, geistlicher Gewerkschaften, Staats-beamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften) an dem Reichstag mit dem Verlangen nach einer Aenderung des Einkommensteu-ergesetzes dieser Tage herangetreten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund schlägt für die ersten 100 000 Mark des steuerbaren Einkommens eine Steuer von 10 Proz. vor, für die weiteren 10 000 Mark 15 Proz., für die weiteren 30 000 Mark 20 Proz., für die weiteren 40 000 Mark 25 Proz. usw. Folgend 40 Proz. Auch begünstigt der Ermäßigung der Einkommensteuer für Familien mit Kindern, sowie für Steuerpflichtige mit höheren Werbungskosten werden in der Eingabe neue Vorschläge gemacht.

**Bekanntnis zur Simultan-schule.**

Der Vorstand des Bezirkslehrervereins Badenurg bittet um Berücksichtigung nachstehender Entschlüsse:

Der Bezirkslehrerverein Badenurg (Königsberg-Band) erkennt, daß allein auf dem Wege innerer und äußerer Einheit und Zu-sammenfassung die Volksschule ihre großen Aufgaben für Volk und Staat lösen kann, und daß die allgemeinste und größte Volksbildungs-anstalt durch Beträumung und Zerstückung zur Ohnmacht verurteilt wird.

Er hält die Simultan-Gemeinschaft-Schule für die unter den gegenwärtigen sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnissen allen berechtigten Forderungen am besten gerecht werdende Schulform.

Er verurteilt daher mit aller Schärfe Nachschärfen — von welcher Seite sie auch kommen mögen, — die offen oder verdeckt, dem Bestand der bei uns in Baden seit 1876 bereits bestehenden und bewährten Simultan-schule gefährden, und die geeignet sind, den Schül-erleben zu fördern.

insel. Dann gehen sie nebeneinander, jeder mit einem Buch bewaf-fnet, und sehen sich auf eine Bank, um zu lesen, ohne von einander Notiz zu nehmen. Erst auf dem Heimweg plaudern sie über das eben Gelesene, aber das am Morgen gemeinsam gehörte Kolleg, über die Professoren, über ihre Zimmerwirtinnen- oder über andere, wichtige Angelegenheiten.

Johannes Hessewinkler verfußt mit Hanns Andreas Wagner theologische Fragen, die durch das Kolleg in ihm nachgerufen wurden, zu erörtern und zu klären. Denn das Verlangen, die Gedanken, die das Studium in ihm weckt, durch eine Diskussion zu prüfen und zu vertiefen, ist stark in ihm. Doch der angehende heftige Pastor ver-meidet solche Unterhaltungen und weiß geschickt jeder Frage auszu-weichen, die auf ein heiliges Gebiet hinüberleiten könnte. Er ist buch-stabengläubig, wie sein Vater und alle Mitglieder seiner zahlreichen Familie, und er hat kein Verlangen danach, seinen Glauben, in dem er gläubig lebt und einmal fest zu sterben hofft, einer Debatte an-zuführen, bei der er vielleicht nichts verlieren, aber auch ganz gewiß nichts gewinnen kann.

Als Johannes eines Mittags nach Hause kommt, findet er auf seinem Schreibtisch eine Karte. „Ich bin heute morgen angekommen und wohne Albrechtstraße 43, 1. Treppe. Siegfried Bernstein.“

Er geht, die Karte in der Hand, in die Küche. Er möchte wissen, wann die Karte abgegeben wurde. Auch über die Lage der Albrecht-straße will er sich informieren.

Frau Sievers sitzt auf ihrem Küchentisch. Sie hat den Kopf auf den Tisch gelegt und scheint zu schlafen.

„Oh, Bardon!“ Er will sich leise wieder zurückziehen. Da hebt sie den Kopf und zeigt ein von Tränen durchnetztes Gesicht.

„Frau Sievers! Was ist Ihnen? Sind die Kinder krank?“

Sie sieht ihn verständnislos an.

„Soll ich einen Arzt holen? Fehlt Ihnen etwas? Fehlt den Kindern etwas?“

Jetzt erkennt sie ihn.

„Wollen Sie etwas? Wollen Sie frisches Wasser? Ich werde es gleich bringen.“

Er steht neben ihr, legt ihre Hand. „Frau Sievers! Was fehlt Ihnen? Kann ich nicht helfen? Ist Ihnen nicht gut? Soll ich den Arzt holen. Ich gehe sofort.“

Sie macht ihre Hand frei. „Was soll ich denn mit dem Arzt? Mir sind alle gesund, wir sind sehr gesund, zu gesund sind wir.“

Sie lacht auf; es ist ein schelles, schneidendes Lachen. „Ja, ja, gesund sind wir. Und morgen sind wir noch viel gesünder. Morgen geht es uns noch viel besser. Was wollen Sie denn? Wieshalb sind Sie herausgekommen?“

Er zeigt verlegen auf die Karte in der Hand. Sie wird sofort lebhaft.

(Fortsetzung folgt.)



Wirtschaftliche Fragen.

Kartoffelverförmung.

Die Schwierigkeiten der Kartoffelverförmung im vorigen Herbst und Winter sowie im heurigen Frühjahr haben das Reichsernährungsministerium veranlaßt, schon jetzt Vorkehrungen zu treffen, um die Ursachen der im vergangenen Jahr aufgetretenen Mängel zu beseitigen. Als eines der Hauptübel wurde das wilde Händler- und Auktionsgeschäft erkannt, das sich in den Erzeugergebieten breit gemacht, die Waren um jeden Preis an sich gerissen und so die Preisentwicklung auf das ungünstigste beeinflusst hat.

Städtische Nachrichten.

Die Fleischpreise.

Die katastrophale Entwertung der Mark kommt in den Preisen aller Lebensmittel und Bedarfsartikel zum Ausdruck. Von Tag zu Tag ändert sich die Situation. Die Lenerrungsweise schmilzt immer höher an. Wir werden, wenn es so wie in den letzten Tagen weitergeht, bald mit dreistelligen Zahlen rechnen müssen, wenn wir ein Pfund Suppen- oder Bratenfleisch erstehen wollen.

In den Wehrgereisen blüht man mit schwerer Sorge in die Zukunft. Wie in der dieser Tage stattgefundenen Versammlung der hiesigen Fleischer-Vereinigung bekanntgegeben wurde, sind Abwehrmaßnahmen, die darauf hinauslaufen, auf das weitere Hinschmelzen der Schlachtpreise einen hemmenden Einfluß auszuüben, bereits im Gange. So wurde u. a. beschloffen, von Montag, den 3. Juli ab auf dem hiesigen Viehmarkt kein Schwein mehr nach Lebendgewicht zu kaufen.

Preisrückend wird ferner der Einfluß der hiesigen Fleischer-Vereinigung wirken, auf dem Stuttgarter Schlachthofmarkt, der für Mannheim in der Hauptsache in Betracht kommt, durch eigene Vertreter Schweine aufkaufen zu lassen.

erklärt, Schweine zum Schlachtgewicht abzugeben. Der Preis stellt sich gegenwärtig auf 80 M. das Pfund. Vieles, für die auch dieser Preis unerreichbar ist, werden sich ganz von selbst Entschaffenheit im Schweinefleischverbrauch auferlegen. Es bedarf in diesem Falle nicht erst einer entsprechenden Ermahnung des Wehrgemeindeführers, der ebenso wie der Verbraucher das größte Interesse daran hat, daß der Schweinefleischkonsum so rapid zurückgeht, daß der Preis auf ein einigermaßen erträgliches Maß zurückgedrückt werden kann.

Es wird interessieren, daß wieder eine große Sendung erstklassigen Gefrierfleisches eingetroffen ist, das im Laden zu 40-50 M. abgegeben wird. Wir möchten wiederholt darauf aufmerksam machen, daß das Gefrierfleisch, abgesehen von seiner größeren Billigkeit, den gleichen Nährwert wie bestes Frischfleisch besitzt und sich auf die mannigfaltigste Art zubereiten läßt.

Altershilfe des deutschen Volkes.

Für die zur Zeit im Gange befindliche Sammlung der Altershilfe sind bei unserer Geschäftsstelle folgende Beträge eingegangen: Familie F. R. 50 M., L. D. 50 M., Dr. Walter 100 M., R. A. 100 M., M. W. 50 M., zus. 350 M.

Weiter Spenden nimmt die Geschäftsstelle des „Mannheimer Generalanzeigers“ gern entgegen.

Neue Regelung des Viehverkehrs.

Die Reichsregierung über Maßnahmen zur Sicherung der Viehverförmung hat hauptsächlich in der Frage eines geregelten Viehhandels und Viehverkehrs häufig Vorkundungen erfahren. Durch das neue Gesetz über die Fleischverförmung vom 18. April 1922 und die dazu gehörige Vollzugsverordnung sind hier wesentliche Vereinbarungen und Erleichterungen geschaffen worden.

Im Hinblick auf die zu erwartende reiche Obsternte im Lande seien Erzeuger und Verbraucher darauf hinzuweisen, daß die Deutsche Obstbauerschaft in Eisenach eine Obstausgleichsstelle gegründet hat. Diese Stelle hat den Zweck, Abhilfe zwischen Überzeugern und Verbrauchern zu vermitteln.

Ausgefundenes Geld. Es wurde aufgefunden im Monat Mai: am 23. im Aug 1049 ein Geldbeutel mit 123,40 M., abgeliefert in Heidelberg; am 29. auf dem Bahnhof in Bretten eine Mappe mit 29 Mark; am 30. im Aug 441 ein Geldbeutel mit 344,90 M., abgeliefert in Mannheim; im Monat Juni: am 2. auf dem Bahnhof Heidelberg eine Mappe mit 420 Mark; am 5. auf dem Bahnhof Heidelberg der Betrag von 20 Mark; im Aug 912 ein Geldbeutel mit 40,70 Mark, abgeliefert in Bad. Bahnhof; am 6. im Aug 156 eine Mappe mit 550,50 Mark, abgeliefert in Wüdingen; am 7. auf dem Bahnhof Murg ein Geldbeutel mit 21,05 Mark; am 8. auf dem Bahnhof Haslach ein Geldbeutel mit 51,65 Mark; am 11. im Aug 1406 eine Mappe mit 75 Mark, abgeliefert in Konstanz; auf dem Bahnhof Bad. ein Geldbeutel mit 34 M. und 18,92 Franken; auf dem Bahnhof Waldshut ein Geldbeutel mit 39,35 M.; am 13. auf dem Bahnhof Murg ein Geldbeutel mit 55 Mark.

Veranstaltungen.

Der 3. Kammermusikabend des Ausschusses für Volksmusikpflege findet heute statt.

Kommunale Chronik.

Müllheim, 4. Juli. Die Stadt hat nach langen Unterhandlungen die hiesige ehem. Infanteriekaserne für 1.125.000 Mark angekauft. Die Kasernegebäude sollen als Schulräume der Volkshochschule Verwendung finden.

Frankfurt, 6. Juli. Die Stichverordnetenversammlung befaßte sich mit dem von sozialdemokratischer Seite gestellten Antrag, daß sich die Stadt als Gesellschafter an der Bauhütte mit einer Million Mark beteiligen solle, um den Wohnungsbau in Frankfurt zu fördern. Obwohl eine Reihe von Rednern die Ansicht vertrat, daß die Bauhütte das Handwerk schädige und durchaus nicht billiger zu bauen in der Lage sei als andere Bauunternehmungen, wurde dem Antrag mit 42 gegen 28 Stimmen angenommen.

Aus dem Lande.

Freiburg, 7. Juli. Das Baugerüst am Münstersturm ist jetzt nahezu verschwunden, jedoch sich der Münstersturm jetzt wieder in seiner vollen Schönheit dem Auge darbietet. Das Baugerüst war im Jahre 1914 zu Ausbesserungsarbeiten angebracht worden, das sich bis in die letzten Monate hingezogen hatte.

Emmendingen, 7. Juli. Zu einer Zigeunerfahrt kam es in dem Dorfe Wasser. Die Gendarmen hatte bei einer Streife 8 Zigeunerfamilien aufgefordert, die nach Emmendingen zu ihrer Einvernahme gebracht werden sollten. Als die Zigeuner das Dorf Wasser passierten, führten sie aufeinander los und lieferten sich mit Messern und sonstigen Instrumenten eine Schlägerei. Erst mit Gewalt konnten sie auseinandergetrieben werden.

Heiden, 7. Juli. In Breitenfeld stürzte der Bahnarbeiter Josef Schilling so unglücklich vom Rabe, daß er schwere Verletzungen erlitt und ihnen erlag. Beim Baden im Rhein ist der Mechanikergehilfe Hermann Kraft ertrunken.

Salz, 6. Juli. Das Gut „Heimtal“, eines der schönsten Hofgüter des Salzer Tales, ist um den Preis von 2 Millionen Mark ohne Fahrnisse an Landwirt Johann Kreuzburg verkauft worden.

Aus der Pfalz.

Speyer, 7. Juli. Für die Sekretär- und Obersekretärprüfung der Beamten der pfälzischen Finanzämter wird eine Prüfung Entscheidung treffen, die am 1. September in der Pfalz stattfinden wird und zwar sind für die Sekretärprüfung der 2. und 3. Oktober, für die Obersekretärprüfung der 2., 3. und 4. Oktober in Aussicht genommen.

Kaiserslautern, 7. Juli. Gegenüber dem Umfange der durch schnellfahrende Kraftwagen hervorgerufenen öffentlichen Gefahr, die besonders auf den von und zum Saargebiet führenden Landstraßen der Westpfalz in Erscheinung tritt, hat das Staatsministerium des Innern an die Kreisregierung und Polizeibehörden eine Verfügung erlassen, in der sie die Behörden auffordert, mit allem Nachdruck darüber zu wachen, daß die Fahrzeuge die vorgeschriebenen Geschwindigkeiten, insbesondere in den Orten, ebenso wie die vorgeschriebenen Straßenregeln einhalten.

Zweibrücken, 7. Juli. Ihr 50-jähriges Bestehen begeht am kommenden Sonntag, 9. Juli die Methodisten-Gemeinde Zweibrücken, gleichzeitig findet das Kreisjubiläum des christlichen Sängerbundes hier statt. Neben Vereinen aus Annweiler, Saarlautern, Neunkirchen, Jägerburg usw. treffen mehrere Volksgesangvereine ein, die vormittags auf dem Marktplatz Chöre bilden werden. Weiter finden statt ein Fest- und Gedenkgottesdienst in der Klosterkapelle sowie eine Erinnerungsgottesfeier im hiesigen Friedhofsaal. Hierbei werden frühere Prediger der Gemeinden sprechen, so Firr-Mannheim, Superintendent Strohle-Insbad, Brünche-Bliesheim, außerdem hollen Anwesende Prediger Steuerwald-Virmosens und Beitel-Zweibrücken.

Contwig, 7. Juli. Auf dem Hanberg bei Contwig nähert sich die städtische Hütte des unter der rührigen Leitung von Betriebsdirektor Schuler stehenden Ortsgruppe des Pfälzerwaldvereins ihrer Fertigstellung, jedoch nunmehr endgültig Sonntag, den 30. Juli als Tag der Hüttenweihe festgelegt worden ist. Das nötige Gelände auf beherrschender Höhe und prächtiger Umgebung gelegen, wurde von der Gemeindeverwaltung Contwig unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Zur Einweihung der Hütte werden sämtliche Ortsgruppen der Pfalz eingeladen, jedoch mit mehreren tausend Pfälzer Waldern gerechnet wird. Für die umfangreichen Vorbereitungen sind eine Anzahl Unter Ausschüsse bereits in Tätigkeit.

Sich einer schlichten Arbeit schämen, ist fast so niederträchtig, wie sich seiner Mutter schämen.

Münchener Theater.

Nach langer Zeit erleben wir in München wieder einmal eine Uraufführung: Karl Höflers neues Stück „Der Stiesel“ sollte den „Kammerspielen“ helfen, die Hundstags-Theaterkunst des Publikums zu überwinden. Das Stück ist eine Gegenwartsstudie, aber keine „Probleme“ sind Gegenwart von vorgestern: Die wirtschaftliche Not der Großen aus dem alten Regime, Kriegsgewinnler, Schlichter nach der hohen Kultur und dergleichen. Ein ehemaliger Minister, Baron von Frick, wird Schlichter. Er folgt im ersten Akt und klopft Sohlen, wenn der Vortrag über den dritten fällt. Was dazwischen liegt, ist Dialogeplänkel, freudig erhellt von den Lichtern des gutmütigen Köhlerchen Humors; von netten Einfällen, hübsch geprägten Bemerkungen, lustigen sprachlichen Wendungen und ein paar schlagkräftigen Wahrheiten. Leider sind die Figuren des Stückes doch schlagkräftige Wahrheiten nicht. Es sind nicht Menschen aus Lustspiel-Enden, wie sie der gütige, weiterzuredende Dichter der „Fünf Frankfurter“ in anderen seiner Stücke so recht und anschaulich hingeworfen versteht, es sind Schwammfiguren, denen aber doch wieder der entscheidende Dreh ins Burleske fehlt. So kennzeichnet diesen Dreier denn eine bemerkenswerte Stil-Unklarheit, aus der wir den Eindruck des Oberflächlichen, Equivoken gewinnen. Dazu kommt, daß dem Stück der dramatische Kern fehlt. Immerhin wirken die zahlreichen Scherze auf die Aufmerksamkeit der Zuschauer, jedoch nach allen Seiten lebhaft applaudiert wurde. Höfler wurde mit den Hauptdarstellern geliebt. Es war allerdings auch ihnen nicht gelungen, die dort konstruierten Figuren lebendig zu machen. Paul Morgan hielt, in der Rolle Kaiser Franz Josephs, die Schlichter-Gezelligkeit vor aller Karikatur fern. Sein Ton imponierte durch unaufdringliche Zurückhaltung. Forster-Gottwag gab einen jungen Baron, der schließlich Kammerdiener des Kriegsgewinnlers wird, mit der ihm eigenen lässigen Grazie, während Eibheim einen positivistischen Hofmeister sicher zu charakterisieren verstand.

Am Juni hatten die „Kammerspiele“ sich einen großen künstlerischen Erfolg mit einer geschlossenen Aufführung von Arnold Brannens „Katermord“ geholt. Man erkannte aus dieser dramatischen Leistung, dem man begeistert zusah, die Darstellung war unter Feldensberg Leitung musterhaft. Arnold Marks, der seinen Vertrag mit den „Kammerspielen“ selber nicht mehr erneuert hat, zeichnete den „Katermord“ gedämpft, klein in der Rolle und schuf eine gelassen wirkende Charakterrolle. — Das „Schauspielhaus“ brachte,

ingeniert von Björn Björnson, den ersten Teil von „Leber die Kraft“ in ausgezeichnete Reueinstudierung. Das feste, glaubensstarke Werk ist allerdings nicht die rechte Kost für Tage der dritten Schwüle. Die langen Zwiegespräche ermüden die Reueu zu hart, als daß Herz und Gemüt aufnahmefähig bleiben könnten. Richard Rief.

Kunst und Wissen.

Hans Heinrich Cyler, der feinsinnige, schwedische Lyriker und Romanist, feiert heute seinen 50. Geburtstag.

Eine Sommer, die weit bekannte plötzliche Rundart-Dichterin, kann am morgigen 8. Juli ihr 60. Geburtstagsfest begehen. Die in Speyer geborene, erfolgreiche Schriftstellerin lebt jetzt in Badsteden. Ihr Hauptgebiet ist der lebenswichtige Pfälzer Humor und die anpruchsvolle dichterische Kleinbild-Malerei plötzlicher Schauern und Episoden. Des erste Werkchen gab Lina Sommer im Jahre 1904 heraus, dem sich dann weitere Bücher anschlossen. Auch der Tages- und Zeitschriftenpresse war die Dichterin stets eine eifrige Mitarbeiterin. Mit Carmen Solva, der Königin von Rumänien, verbunden sie innige Beziehungen. Zahlreiche Freunde ihrer freundschaftlichen Muse werden der Sechzigjährigen morgen mit besten Glückwünschen gedenken. Eine warmherzige Würdigung der Person und des Schaffens der Dichterin hat Elisabeth B. Trippmacher vor etwa Jahresfrist veröffentlicht. Wir haben diese Schrift damals warm empfohlen und wollen den 60. Geburtstag Lina Sommers nicht vorübergehen lassen, ohne auch dieses Buchleins nochmals zu gedenken.

Aus der Göttinger Welt. Dem Professor der Physik, Geh. Rat Dr. Franz Himstedt in Freiburg wurde von der Technischen Hochschule Karlsruhe die Ehrenbürgerwürde verliehen. Dem außerordentlichen Professor der Physiologie, Dr. Ernst Langsdorf in Freiburg, wurde von der Leopoldinisch-Carolin. Deutschen Akademie der Naturforscher in Halle in Anerkennung und zur Förderung seiner wissenschaftlichen Forschungen der Preis der Carolus-Stiftung zuerkannt.

Der Sternhimmel im Juli. Merkur ist seit Ende Juni wieder rechtlich. Er bewegt sich auf die obere Konjunktion zu (7. August) und ist bis nach Mitte Oktober unsichtbar. Venus bleibt Merkur, doch vermindert sich die Dauer ihrer Sichtbarkeit von gut 1 1/2 auf 1/2 Stunden. Am 12. Juli geht Venus in etwa 200 Meilen Entfernung an Mars in Löwen vorüber. Mars, seit dem 8. Mai rückwärts, ist bis in die Nachbarschaft des Sterns Antares gelangt; er wird am 17. Juli wieder rückwärts, doch bewegt er sich zunächst nur langsam, so daß er immer früher vor Tagesanbruch untergeht und Ende Juli nur noch zwei Stunden lang sichtbar ist. Jupiters Sichtbarkeit am Abend-

himmel nimmt von gut 1 1/2 auf 1/2 Stunde ab, die Saturnus von 1 1/2 auf knapp 1/2 Stunde. — Mondgestalten: Erstes Viertel 1. abends 11 Uhr 51,9 Min. Vollmond 9. 4 Uhr 7,3 Min. Letztes Viertel 17. morg. 6 Uhr 11 Min. Neumond 24. mittags 1 Uhr 47,1 Min. Erstes Viertel 31. morg. 6 Uhr 21,6 Min. — Die Sonne geht am 18. aus dem Zeichen Krebs in das Zeichen Löwe über. Am 2. Juli ist sie in Erdferne (Apogäum); die Erde steht im sonnennächsten Punkt ihrer Bahn, der Abstand von der Sonne beträgt nach Berechnung Stenabichlein etwa 152 Millionen Kilometer, gegen 147 Millionen Anfang Januar). — Sternschnuppentage: 25., außerdem 6., 11., 18., 20., 22., 23., 25., 30., 31.

Wihlpuhl. Die altgermanische Mythologie ist uns im allgemeinen fremd. Nur Wihlpuhl, den nordischen Kriegs- und Nationalgott der Asen, pflegen auch wir zu kennen. Nach dem neuen Brockhaus ist dieser Name verunstaltet aus Wihlpothul, gelährten Hühlerpöhl. In Gerhart Hauptmanns „Weißem Heiland“ wird er Wihlpothul genannt. Dagegen hat sich Heinrich Heine in einem der geistreichsten Gedichte seines „Romanero“, das auch auf Hauptmann stark eingewirkt hat, der uns geläufigen Form Wihlpuhl bedient, und mit dieser Angleichung an die deutsche Junge wird sich wohl das blutigerige Scherz auch in Zukunft begnügen müssen. m.

Die kalte Hölle. Der alte Wilhelm Raabe war ein genauer Kenner von Dantes „Göttlicher Komödie“ und konnte Stücke daraus auch italienisch herlesen. Als besonders bezeichnend für den Dichter sah er es an, daß Dante den Lucifer, als den furchtbarsten aller Sünder, ganz in Eis packt: den Italiener habe das noch schrecklicher vornehmen müssen als die Hölle, in der die anderen schmoren, meinte er in einem erst kürzlich im „Raabe-Gedenkbuch“ veröffentlichten Gespräch. Die Bemerkung an sich ist zutreffend, nur stimmt diese Auffassung schwerlich von Dante selbst. Auch andere Sühnläger kennen eine eisige Hölle: so schildern neugriechische Sieder die Unterwelt als finstere Behausung, wo kein Tag anbricht, kein Stern träht, kein Gros sproßt und eifige Kälte herrscht. Die antike Ueberlieferung von Tartarus wirkt hier offenbar nach. Wehnliche Vorstellungen finden wir nun aber auch im hohen Norden, bei den Skandinavien, und es scheint, daß sie ursprünglich weit verbreitet gewesen sind. Wie der neue Brockhaus berichtet, wo auch ein Teil von Dantes Hölle nach dem berühmten Hresko Derognas abgebildet ist, kommt das Wort Hölle von der nordischen Todesgöttin Hel, der Tochter des bösen Loki; sie gleicht einem dämmerigen Wesen, ihr Reich ist das Totenhaus unter der Erde, das in der jüngerer Edda ausführlich beschrieben wird — es ist durchaus eine kalte Hölle. Das Höllefeuer der christlichen Lehre beruht auf asiatischen Vorstellungen, die wahrscheinlich mit dem in Asien und Äthiopien üblichen, im 8. Jahrhundert v. Chr. auch nach Palästina verpflanzten Molochdienst zusammenhängen. H. M.



# Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

## Börsenberichte.

### Frankfurter Wertpapierbörse.

× Frankfurt a/M., 7. Juli. Die Steigerung der Devisenpreise führte auch heute wieder zu einer festen Tendenz, welche bereits vorbörslich in Valutapapieren stärker zum Ausdruck kam. Die Steigerung der Türkenwerte schreitet noch fort, wobei Zolltürken Bagdad, Amortisationsanleihe und Türkenlose höher genannt wurden. Ungarnrenten zogen ebenfalls an. Der Dollar notierte in den Morgenstunden 466 und stieg dann auf 483, um 10,12 Uhr überschritt er den Kurs von 500, zurzeit 510-516. Im freien Verkehr waren die Umsätze im allgemeinen wieder umfangreich. Besonders rege Nachfrage herrschte für Benz, 620, Inag 540-550. Man nannte ferner Dyckerhoff & Widmann 435, Hansa Lloyd 380, Lastauto 200, Mansfelder 460, Tiag 525, Elberfelder Kupfer 360. Kaliaktien gesucht. Heidelberg-Vorzugsaktien 1500, Krügershall 780. Die Nachfrage auf diesem Gebiete war für verschiedene Aktien groß. Unter den Montanpapieren setzten Oberbedarf um 90, Caro mit 875 um 110% höher ein. Zu lebhaften Umsätzen kam es in Deutsch-Luxemburg 1250-1270, Gelsenkirchener, Harpener, Phönix lebhaft umgesetzt. Unter den chemischen Werten, die ruhiger lagen, blieben anfänglich Badische Anilin, Griesheim und Elberfelder Farben (letztere 830 plus 35) gesucht. Bei den Elektrizitätspapieren war die Tendenz vorwiegend fest. A.E.G. gewannen 50, Licht u. Kraft 40, Schuckert 65%, dagegen blühen Felten & Guilleaume bei erster Notiz 60%, ein. Maschinen-, Auto- und Metallaktien lebhaft. Kleyer stiegen auf 503, Neckarsulmer auf 742, Hirsch-Kupfer um 51 auf 901. Von sonstigen variablen Papieren konzentrierte sich das Interesse auf Zellstoffaktien und Zuckerfabriken; Offstein 600 rationiert bei 10% Zuteilung. Der Einheitsmarkt zeigte auch heute wieder eine ausgesprochen feste Haltung. Hauptsächlich von seiten der Spekulation wurde viel Material aus dem Markt genommen; außerdem war das außenstehende Publikum in größerem Maße als Käufer zu beobachten. Begünstigt wurde die Kurssteigerung noch dadurch, daß der hervortretenden Nachfrage eine ziemlich starke Materialknappheit gegenüberstand. Pokorny & Wittke, Reimiger & Gebbert, Rheinisch-Elektrische, Pinnefahlfabrik sehr gesucht. Baltimore und Ohio stiegen auf 1890 plus 200%. 3%ige Reichsanleihe erster Kurs 192. Der Schluß gestaltete sich fest. Privatkont 5%.

### Festverzinsliche Werte.

a) Inländische.		b) Ausländische.	
6.	7.	6.	7.
4% Reichsanl. 1914	100	3% Hessen	62-50
4% Reichsanl. 1918	100	4% Böhml.-Anl. 1918	65
4% Reichsanl. 1920	100	4% Böhml.-Anl. 1919	65
4% Reichsanl. 1925	100	4% Böhml.-Anl. 1920	65
4% Reichsanl. 1930	100	4% Böhml.-Anl. 1921	65
4% Reichsanl. 1935	100	4% Böhml.-Anl. 1922	65
4% Reichsanl. 1940	100	4% Böhml.-Anl. 1923	65
4% Reichsanl. 1945	100	4% Böhml.-Anl. 1924	65
4% Reichsanl. 1950	100	4% Böhml.-Anl. 1925	65
4% Reichsanl. 1955	100	4% Böhml.-Anl. 1926	65
4% Reichsanl. 1960	100	4% Böhml.-Anl. 1927	65
4% Reichsanl. 1965	100	4% Böhml.-Anl. 1928	65
4% Reichsanl. 1970	100	4% Böhml.-Anl. 1929	65
4% Reichsanl. 1975	100	4% Böhml.-Anl. 1930	65
4% Reichsanl. 1980	100	4% Böhml.-Anl. 1931	65
4% Reichsanl. 1985	100	4% Böhml.-Anl. 1932	65
4% Reichsanl. 1990	100	4% Böhml.-Anl. 1933	65
4% Reichsanl. 1995	100	4% Böhml.-Anl. 1934	65
4% Reichsanl. 2000	100	4% Böhml.-Anl. 1935	65
4% Reichsanl. 2005	100	4% Böhml.-Anl. 1936	65
4% Reichsanl. 2010	100	4% Böhml.-Anl. 1937	65
4% Reichsanl. 2015	100	4% Böhml.-Anl. 1938	65
4% Reichsanl. 2020	100	4% Böhml.-Anl. 1939	65
4% Reichsanl. 2025	100	4% Böhml.-Anl. 1940	65
4% Reichsanl. 2030	100	4% Böhml.-Anl. 1941	65
4% Reichsanl. 2035	100	4% Böhml.-Anl. 1942	65
4% Reichsanl. 2040	100	4% Böhml.-Anl. 1943	65
4% Reichsanl. 2045	100	4% Böhml.-Anl. 1944	65
4% Reichsanl. 2050	100	4% Böhml.-Anl. 1945	65
4% Reichsanl. 2055	100	4% Böhml.-Anl. 1946	65
4% Reichsanl. 2060	100	4% Böhml.-Anl. 1947	65
4% Reichsanl. 2065	100	4% Böhml.-Anl. 1948	65
4% Reichsanl. 2070	100	4% Böhml.-Anl. 1949	65
4% Reichsanl. 2075	100	4% Böhml.-Anl. 1950	65
4% Reichsanl. 2080	100	4% Böhml.-Anl. 1951	65
4% Reichsanl. 2085	100	4% Böhml.-Anl. 1952	65
4% Reichsanl. 2090	100	4% Böhml.-Anl. 1953	65
4% Reichsanl. 2095	100	4% Böhml.-Anl. 1954	65
4% Reichsanl. 2100	100	4% Böhml.-Anl. 1955	65
4% Reichsanl. 2105	100	4% Böhml.-Anl. 1956	65
4% Reichsanl. 2110	100	4% Böhml.-Anl. 1957	65
4% Reichsanl. 2115	100	4% Böhml.-Anl. 1958	65
4% Reichsanl. 2120	100	4% Böhml.-Anl. 1959	65
4% Reichsanl. 2125	100	4% Böhml.-Anl. 1960	65
4% Reichsanl. 2130	100	4% Böhml.-Anl. 1961	65
4% Reichsanl. 2135	100	4% Böhml.-Anl. 1962	65
4% Reichsanl. 2140	100	4% Böhml.-Anl. 1963	65
4% Reichsanl. 2145	100	4% Böhml.-Anl. 1964	65
4% Reichsanl. 2150	100	4% Böhml.-Anl. 1965	65
4% Reichsanl. 2155	100	4% Böhml.-Anl. 1966	65
4% Reichsanl. 2160	100	4% Böhml.-Anl. 1967	65
4% Reichsanl. 2165	100	4% Böhml.-Anl. 1968	65
4% Reichsanl. 2170	100	4% Böhml.-Anl. 1969	65
4% Reichsanl. 2175	100	4% Böhml.-Anl. 1970	65
4% Reichsanl. 2180	100	4% Böhml.-Anl. 1971	65
4% Reichsanl. 2185	100	4% Böhml.-Anl. 1972	65
4% Reichsanl. 2190	100	4% Böhml.-Anl. 1973	65
4% Reichsanl. 2195	100	4% Böhml.-Anl. 1974	65
4% Reichsanl. 2200	100	4% Böhml.-Anl. 1975	65
4% Reichsanl. 2205	100	4% Böhml.-Anl. 1976	65
4% Reichsanl. 2210	100	4% Böhml.-Anl. 1977	65
4% Reichsanl. 2215	100	4% Böhml.-Anl. 1978	65
4% Reichsanl. 2220	100	4% Böhml.-Anl. 1979	65
4% Reichsanl. 2225	100	4% Böhml.-Anl. 1980	65
4% Reichsanl. 2230	100	4% Böhml.-Anl. 1981	65
4% Reichsanl. 2235	100	4% Böhml.-Anl. 1982	65
4% Reichsanl. 2240	100	4% Böhml.-Anl. 1983	65
4% Reichsanl. 2245	100	4% Böhml.-Anl. 1984	65
4% Reichsanl. 2250	100	4% Böhml.-Anl. 1985	65
4% Reichsanl. 2255	100	4% Böhml.-Anl. 1986	65
4% Reichsanl. 2260	100	4% Böhml.-Anl. 1987	65
4% Reichsanl. 2265	100	4% Böhml.-Anl. 1988	65
4% Reichsanl. 2270	100	4% Böhml.-Anl. 1989	65
4% Reichsanl. 2275	100	4% Böhml.-Anl. 1990	65
4% Reichsanl. 2280	100	4% Böhml.-Anl. 1991	65
4% Reichsanl. 2285	100	4% Böhml.-Anl. 1992	65
4% Reichsanl. 2290	100	4% Böhml.-Anl. 1993	65
4% Reichsanl. 2295	100	4% Böhml.-Anl. 1994	65
4% Reichsanl. 2300	100	4% Böhml.-Anl. 1995	65
4% Reichsanl. 2305	100	4% Böhml.-Anl. 1996	65
4% Reichsanl. 2310	100	4% Böhml.-Anl. 1997	65
4% Reichsanl. 2315	100	4% Böhml.-Anl. 1998	65
4% Reichsanl. 2320	100	4% Böhml.-Anl. 1999	65
4% Reichsanl. 2325	100	4% Böhml.-Anl. 2000	65
4% Reichsanl. 2330	100	4% Böhml.-Anl. 2001	65
4% Reichsanl. 2335	100	4% Böhml.-Anl. 2002	65
4% Reichsanl. 2340	100	4% Böhml.-Anl. 2003	65
4% Reichsanl. 2345	100	4% Böhml.-Anl. 2004	65
4% Reichsanl. 2350	100	4% Böhml.-Anl. 2005	65
4% Reichsanl. 2355	100	4% Böhml.-Anl. 2006	65
4% Reichsanl. 2360	100	4% Böhml.-Anl. 2007	65
4% Reichsanl. 2365	100	4% Böhml.-Anl. 2008	65
4% Reichsanl. 2370	100	4% Böhml.-Anl. 2009	65
4% Reichsanl. 2375	100	4% Böhml.-Anl. 2010	65
4% Reichsanl. 2380	100	4% Böhml.-Anl. 2011	65
4% Reichsanl. 2385	100	4% Böhml.-Anl. 2012	65
4% Reichsanl. 2390	100	4% Böhml.-Anl. 2013	65
4% Reichsanl. 2395	100	4% Böhml.-Anl. 2014	65
4% Reichsanl. 2400	100	4% Böhml.-Anl. 2015	65
4% Reichsanl. 2405	100	4% Böhml.-Anl. 2016	65
4% Reichsanl. 2410	100	4% Böhml.-Anl. 2017	65
4% Reichsanl. 2415	100	4% Böhml.-Anl. 2018	65
4% Reichsanl. 2420	100	4% Böhml.-Anl. 2019	65
4% Reichsanl. 2425	100	4% Böhml.-Anl. 2020	65
4% Reichsanl. 2430	100	4% Böhml.-Anl. 2021	65
4% Reichsanl. 2435	100	4% Böhml.-Anl. 2022	65
4% Reichsanl. 2440	100	4% Böhml.-Anl. 2023	65
4% Reichsanl. 2445	100	4% Böhml.-Anl. 2024	65
4% Reichsanl. 2450	100	4% Böhml.-Anl. 2025	65
4% Reichsanl. 2455	100	4% Böhml.-Anl. 2026	65
4% Reichsanl. 2460	100	4% Böhml.-Anl. 2027	65
4% Reichsanl. 2465	100	4% Böhml.-Anl. 2028	65
4% Reichsanl. 2470	100	4% Böhml.-Anl. 2029	65
4% Reichsanl. 2475	100	4% Böhml.-Anl. 2030	65
4% Reichsanl. 2480	100	4% Böhml.-Anl. 2031	65
4% Reichsanl. 2485	100	4% Böhml.-Anl. 2032	65
4% Reichsanl. 2490	100	4% Böhml.-Anl. 2033	65
4% Reichsanl. 2495	100	4% Böhml.-Anl. 2034	65
4% Reichsanl. 2500	100	4% Böhml.-Anl. 2035	65
4% Reichsanl. 2505	100	4% Böhml.-Anl. 2036	65
4% Reichsanl. 2510	100	4% Böhml.-Anl. 2037	65
4% Reichsanl. 2515	100	4% Böhml.-Anl. 2038	65
4% Reichsanl. 2520	100	4% Böhml.-Anl. 2039	65
4% Reichsanl. 2525	100	4% Böhml.-Anl. 2040	65
4% Reichsanl. 2530	100	4% Böhml.-Anl. 2041	65
4% Reichsanl. 2535	100	4% Böhml.-Anl. 2042	65
4% Reichsanl. 2540	100	4% Böhml.-Anl. 2043	65
4% Reichsanl. 2545	100	4% Böhml.-Anl. 2044	65
4% Reichsanl. 2550	100	4% Böhml.-Anl. 2045	65
4% Reichsanl. 2555	100	4% Böhml.-Anl. 2046	65
4% Reichsanl. 2560	100	4% Böhml.-Anl. 2047	65
4% Reichsanl. 2565	100	4% Böhml.-Anl. 2048	65
4% Reichsanl. 2570	100	4% Böhml.-Anl. 2049	65
4% Reichsanl. 2575	100	4% Böhml.-Anl. 2050	65
4% Reichsanl. 2580	100	4% Böhml.-Anl. 2051	65
4% Reichsanl. 2585	100	4% Böhml.-Anl. 2052	65
4% Reichsanl. 2590	100	4% Böhml.-Anl. 2053	65
4% Reichsanl. 2595	100	4% Böhml.-Anl. 2054	65
4% Reichsanl. 2600	100	4% Böhml.-Anl. 2055	65
4% Reichsanl. 2605	100	4% Böhml.-Anl. 2056	65
4% Reichsanl. 2610	100	4% Böhml.-Anl. 2057	65
4% Reichsanl. 2615	100	4% Böhml.-Anl. 2058	65
4% Reichsanl. 2620	100	4% Böhml.-Anl. 2059	65
4% Reichsanl. 2625	100	4% Böhml.-Anl. 2060	65
4% Reichsanl. 2630	100	4% Böhml.-Anl. 2061	65
4% Reichsanl. 2635	100	4% Böhml.-Anl. 2062	65
4% Reichsanl. 2640	100	4% Böhml.-Anl. 2063	65
4% Reichsanl. 2645	100	4% Böhml.-Anl. 2064	65
4% Reichsanl. 2650	100	4% Böhml.-Anl. 2065	65
4% Reichsanl. 2655	100	4% Böhml.-Anl. 2066	65
4% Reichsanl. 2660	100	4% Böhml.-Anl. 2067	65
4% Reichsanl. 2665	100	4% Böhml.-Anl. 2068	65
4% Reichsanl. 2670	100	4% Böhml.-Anl. 2069	65
4% Reichsanl. 2675	100	4% Böhml.-Anl. 2070	65
4% Reichsanl. 2680	100	4% Böhml.-Anl. 2071	65
4% Reichsanl. 2685	100	4% Böhml.-Anl. 2072	65
4% Reichsanl. 2690	100	4% Böhml.-Anl. 2073	65
4% Reichsanl. 2695	100	4% Böhml.-Anl. 2074	65
4% Reichsanl. 2700	100	4% Böhml.-Anl. 2075	65
4% Reichsanl. 2705	100	4% Böhml.-Anl. 2076	65
4% Reichsanl. 2710	100	4% Böhml.-Anl. 2077	65
4% Reichsanl. 2715	100	4% Böhml.-Anl. 2078	65
4% Reichsanl. 2720	100	4% Böhml.-Anl. 2079	65
4% Reichsanl. 2725	100	4% Böhml.-Anl. 2080	65
4% Reichsanl. 2730	100	4% Böhml.-Anl. 2081	65
4% Reichsanl. 2735	100	4% Böhml.-Anl. 2082	65
4% Reichsanl. 2740	100	4% Böhml.-Anl. 2083	65
4% Reichsanl. 2745	100	4% Böhml.-Anl. 2084	65
4% Reichsanl. 2750	100	4% Böhml.-Anl. 2085	65
4% Reichsanl. 2755	100	4% Böhml.-Anl. 2086	65
4% Reichsanl. 2760	100	4% Böhml.-Anl. 2087	65
4% Reichsanl. 2765	100	4% Böhml.-Anl. 2088	65
4% Reichsanl. 2770	100	4% Böhml.-Anl. 2089	65
4% Reichsanl. 2775	100	4% Böhml.-Anl. 2090	65
4% Reichsanl. 2780	100	4% Böhml.-Anl. 2091	65
4% Reichsanl. 2785	100	4% Böhml.-Anl. 2092	65
4% Reichsanl. 2790	100	4% Böhml.-Anl. 2093	65
4% Reichsanl. 2795	100	4% Böhml.-Anl. 2094	65
4% Reichsanl. 2800	100	4% Böhml.-Anl. 2095	65
4% Reichsanl. 2805	100	4% Böhml.-Anl. 2096	65
4% Reichsanl. 2810	100	4% Böhml.-Anl. 2097	65
4% Reichsanl. 2815	100	4% Böhml.-Anl. 2098	65
4% Reichsanl. 2820	100	4% Böhml.-Anl. 2099	65
4% Reichsanl. 2825	100	4% Böhml.-Anl. 2100	65



Gerichtszeitung.

Der Prozeß des Grafen v. Ostheim gegen den früheren Großherzog Wilhelm Ernst von Sachsen-Weimar.

Jena, 7. Juli. Vor dem ersten Zivilsenat des Oberlandesgerichts sollte am Mittwoch der Prozeß des Grafen v. Ostheim und seines Vaters, der Prinzen Hermann und Wilhelm von Sachsen-Weimar, gegen den früheren Großherzog Wilhelm Ernst verhandelt werden.

III. Heidelberg, 6. Juli. Eine erschreckende Verrohung trat in der letzten Schwurgerichtssitzung zu Tage. Wegen Kindesentziehung hatte sich die ledige Elisabeth Rähmleier aus Mühlbach vor dem Gericht zu verantworten.

Mainz, 6. Juli. Das Kriegsgericht des französischen Generalstabes verhandelte in nichtöffentlicher Sitzung gegen zwei Deutsche aus Schlefien wegen verführerischer Spionage und Gefährdung der Sicherheit der Besatzungstruppen.

Sportliche Rundschau.

Jugend-Städtewettkampf Darmstadt-Mannheim.

Der Schwimmklub „Jungdeutschland“ Darmstadt hatte den Schwimmverein Mannheim zu einem Jugendstädtewettkampf nach Darmstadt eingeladen. Bei herrlichem Wetter spielten sich die vorgesehene Wettkämpfe am vergangenen Sonntag im freien Ab- und zwar in der von dem feststehenden Verein sehr ideal und musterhaft errichteten Badeanlage im „Großen Roog“.

Pferderennen.

Berlin-Grunewald, 6. Juli. Hundesteige-Jagdrennen. 40 000 Mark. 2000 Meter. 1. Frau Kornblum's Sinnig (Weiß), 2. R. Lachli, 3. Jan Deman. 33:10. — Jugend-Hürdenrennen. 40 000 Mark. 2400 Meter. 1. Schömanns Leibschuß (Lohede), 2. Reister, 3. Bad. Ferner: Hieberich, Clement, Hegerel, Falk. 92:10; 19, 13, 29:10. — Stuten-Jagdrennen. 45 000 Mark. 3600 Meter. 1. Brauch und Weimers Corona (Leichmann), 2. Algebra, 3. Bendis. Ferner: Taktisch, Fontaine, Belle, Morita. 119:10; 27, 23, 35:10. — Lauftee-Hürdenrennen. 40 000 Mark. 2400 Meter. 1. Erbs Glasstische (Stufsties), 2. Wilde Rose, 3. Gebalnd. Ferner: Holm. 37:10; 19, 21:10. — Großer Preispreis. 100 000 Mark. 4000 Meter. 1. Graf Borde und D. Conimeticis Glatties (Bismarck), 2. Rappelskop, 3. Trompeter. 2. Ferner: Karal, Donner, Gymbal, Sage. 35:10; 16, 24, 18:10. 5. P. H. E. — Hölmler-Jagdrennen. 45 000 Mark. 3600 Meter. 1. Rittm. v. Jodethilz Herzog (Bismarck), 2. Gid, 3. Str. Maxtin. 18:10. — Wellenbrecher-Hürdenrennen. 40 000 Mark. 3000 Meter. 1. Heffts Redusa (Einfinger), 2. Sonnensohn. 19:10.

Pferdesport.

Neue Buchmacherbeschlüsse. In Berlin lagte der Zentralverband zur Wahrung der vom Rennwettgesetz berührten Interessen, dem die Buchmacher angehören, und sah die folgenden Beschlüsse: Jeder Buchmacher hat vom 1. Juli ab vom Einsatz jeder Wette zehn Prozent Steuer an den Staat abzuführen.

Radspori.

Die Radrennfahrt „Durchs Neckartal“ der Radfahrer-Union Mannheim wird zum ersten Male am kommenden Sonntag den 9. Juli zum Austrag gebracht. Das Rennen führt über die 213 Kilometer lange Strecke Mannheim-Heidelberg-Oberrad-Neckarreis-Jagfeld-Heilbronn u. zurück. Die Abfahrt am Wasserwerk Mannheim ist auf 7 Uhr früh festgesetzt.

Die Preisverteilung findet abends anschließend eines Familienabends im Gartenlokal des Ballhauses zu Mannheim statt.

sr. Rund durch Frankreich. Die große französische Radrennfahrt in vier Etappen ist beendet. Sieger wurde Christophe in der Etappe 19. Min. 57 Sek. vor Thys 63:37:52, Selter 63:54:34, Sepoutin 64:06:03 und H. Heuschgem 64:13:33. 67 Fahrer beendeten das Rennen.

Lauttennis.

Das Frankfurter Tennisturnier wurde nach der „Tief. Bl.“ am Donnerstag bis auf ein Borgabspiel beendet. Besonders erfolgreich waren Oskar Kreuzer und Frau Dr. Friedleben, die ihre sämtlichen Spiele statt gewonnen. Die Meisterschaft von Süddeutschland im Herrendoppelspiel fiel an Kreuzer-Demajus, die erst nach 5 Sätzen Endpunktner-u. Biffing besiegten konnten. Der erste Preis im zweiten Herrendoppelspiel fiel an Dr. Schütz der u. Biffing und Endpunktner schlugen konnte.

Leichtathletik.

Badische Leichtathletik-Meisterschaften in Heidelberg. Vom Badischen Landesverband für Leichtathletik werden die Meisterschaften für das Jahr 1922 ausgeschrieben, die zum ersten Male in Heidelberg auf dem neuen Sportplatz der Turngemeinde Heidelberg 1878 am 15. und 16. Juli d. Js. stattfinden. Die Wettkämpfe umfassen: 1000 Meter-Lauf, 200 Meter-Lauf, 500 Meter-Lauf, 1500 Meter-Lauf, 5000 Meter-Lauf, 10 000 Meter-Lauf, 110 Meter-Hürdenlauf, 4 mal 100 Meter-Stafel, 3 mal 1000 Meter-Stafel, Hochsprung mit Laufst, Weisprung mit Laufst, Stobhochsprung, Kugelstoßen, Diskuswerfen, Speerwerfen, Dreikampf (100 Meter-Lauf, Stobhochsprung und Speerwerfen). — Damen-Meisterschaften: 100 Meter-Lauf, Weisprung mit Laufst, Kugelstoßen, 5 Kg. Hochsprung, Dreikampf (100 Meter-Lauf, Hochsprung und Weisprung). Wettkämpfe war bereits am 6. Juli. Es wird mit einer außerordentlich starken Beteiligung gerechnet.

Neues aus aller Welt.

Das Schicksal der 50 000 amerikanischen Jährlinge. Für den Heimatabend, der am Dienstag von der Deutschamerikanischen Gesellschaft und dem Münchner Ortsausschuß zugunsten der Sammlungs-Heimatort im Abendklub der Münchner veranstaltet war, hatte man in Amerika 50 000 kleine amerikanische Jährlinge gesammelt, die im Verlauf des Abends abgesetzt werden sollten.

Absturz in den Bergen. Auf Kammerdeplate in den Loferer Steinbergen sind die beiden Landesrichtersobertreter Ant. Schäffner aus Münden und Jakob Simon durch Absturz tödlich verunglückt. Der Sturz erfolgte infolge Loslösen eines Steins vor den Augen der übrigen drei Begleiter.

Bei der Entgleisung des Schnellzugs Paris-Strasbourg, die kurz vor der Einfahrt in den Bahnhof Saarb urg erfolgte, wurden vier Personen getötet, drei schwer verletzt und etwa 20 leicht verletzt. Unter den Leichtverletzten befinden sich der Abgeordnete Sell, der Senator Deslor und der Senator Weiler.

Einbruch ins Kolberger Postamt. Das auf der Kolberger Wände gelegene Postamt II wurde in der Nacht zum 1. Juli von Einbrechern heimlich, die allerdings sich vergebliche Mühe gemacht hatten: Sie fanden weder Geld noch Wertgegenstände, da dies während der Nacht zum Hauptpostamt geschafft wird. Das Postamt II auf der Wände liegt mitten im Badebetrieb, die Einbrecher sind ebenso raffiniert wie frech zu Werke gegangen.

Wetterdienstnachrichten.

der badischen Landeswetterwarte in Karlsruhe. Beobachtungen badischer Wetterstellen (7<sup>u</sup> morgens)

Table with columns: Ort, Höhe, Luftdruck, Temperatur, Wind, etc. Rows include Mannheim, Königstuhl, Karlsruhe, Baden-Baden, Billingen, Heidelberg, Badenweiler, St. Blasien.

Allgemeine Witterungsübersicht.

Der für sommerliche Verhältnisse ungewöhnlich stark entwickelte Luftwirbel ist nach nordwärts gezogen. Die unter stürmischer Bewegung weit aus Süden herangeführte Luftmasse ist von strok-artigem Charakter, was bei trübem Himmel ein sehr starkes Steigen der Temperatur brachte. In der Ebene kamen 30-33 Grad, in Ostdeutschland 35 Grad zur Beobachtung. Regen ist erst in der Nacht eingetreten. Auch heute kommen zeitweise noch Niederschläge vor. Die Temperaturen sind inzwischen wesentlich zurückgegangen. Vorübergehend wird jetzt wieder ein Hochdruckrücken einfließen gewinnen, ihm folgt aber ein neuer Luftwirbel nach.

Voraussichtliche Witterung bis Samstag, 8. Juli, 12 Uhr nachts. Zeitweise noch mäßig, etwas Regen, dann vorübergehend noch aufhellend, trocken, mäßig warm.

Gottesdienst-Ordnung.

Evangelische Gemeinde.

Sonntag, den 9. Juli 1922. Bundesmissionsfest des Bad. Landesvereins der Bist. Mission. In Gemisch. Gottesdiensten Kollekte für die Bist. Mission. Trinitatisfest: 9 Uhr, W. H. Reel (Goldküste); 10 Uhr, W. H. Reel (Goldküste); 11 Uhr, Rindergottesd., W. H. Reel; 11 1/2 Uhr, G. H. Reel; 12 Uhr, Rindergottesd., W. H. Reel. Sonntag, den 9. Juli 1922. Bundesmissionsfest des Bad. Landesvereins der Bist. Mission. In Gemisch. Gottesdiensten Kollekte für die Bist. Mission. Trinitatisfest: 9 Uhr, W. H. Reel (Goldküste); 10 Uhr, W. H. Reel (Goldküste); 11 Uhr, Rindergottesd., W. H. Reel; 11 1/2 Uhr, G. H. Reel; 12 Uhr, Rindergottesd., W. H. Reel.

Rittwoch abends 8 Uhr. — Sonntag, den 9. Juli 1922. Bundesmissionsfest des Bad. Landesvereins der Bist. Mission. In Gemisch. Gottesdiensten Kollekte für die Bist. Mission. Trinitatisfest: 9 Uhr, W. H. Reel (Goldküste); 10 Uhr, W. H. Reel (Goldküste); 11 Uhr, Rindergottesd., W. H. Reel; 11 1/2 Uhr, G. H. Reel; 12 Uhr, Rindergottesd., W. H. Reel.

Katholische Gemeinde. Jesuitische. Samstag, 7. Juli, 7.30 Uhr, 6.30 Uhr. Sonntag, 8. Juli, 7.30 Uhr, 6.30 Uhr. Montag, 9. Juli, 7.30 Uhr, 6.30 Uhr. Dienstag, 10. Juli, 7.30 Uhr, 6.30 Uhr.

Evangelische. Sonntag, 9. Juli, 10.30 Uhr, 8.30 Uhr. Montag, 10. Juli, 10.30 Uhr, 8.30 Uhr. Dienstag, 11. Juli, 10.30 Uhr, 8.30 Uhr. Mittwoch, 12. Juli, 10.30 Uhr, 8.30 Uhr.

Katholische. Sonntag, 9. Juli, 7.30 Uhr, 6.30 Uhr. Montag, 10. Juli, 7.30 Uhr, 6.30 Uhr. Dienstag, 11. Juli, 7.30 Uhr, 6.30 Uhr. Mittwoch, 12. Juli, 7.30 Uhr, 6.30 Uhr.

Evangelische. Sonntag, 9. Juli, 10.30 Uhr, 8.30 Uhr. Montag, 10. Juli, 10.30 Uhr, 8.30 Uhr. Dienstag, 11. Juli, 10.30 Uhr, 8.30 Uhr. Mittwoch, 12. Juli, 10.30 Uhr, 8.30 Uhr.

Katholische. Sonntag, 9. Juli, 7.30 Uhr, 6.30 Uhr. Montag, 10. Juli, 7.30 Uhr, 6.30 Uhr. Dienstag, 11. Juli, 7.30 Uhr, 6.30 Uhr. Mittwoch, 12. Juli, 7.30 Uhr, 6.30 Uhr.

Evangelische. Sonntag, 9. Juli, 10.30 Uhr, 8.30 Uhr. Montag, 10. Juli, 10.30 Uhr, 8.30 Uhr. Dienstag, 11. Juli, 10.30 Uhr, 8.30 Uhr. Mittwoch, 12. Juli, 10.30 Uhr, 8.30 Uhr.

Beleuchtungskörper Seidenschirme - Bügeleisen Jäger, B3, 7. Tel. 2304. Geldverkehr. Suche 40-50 000 Mk. Der Mannheimer General-Anzeiger kann jetzt auch wöchentlich bezogen werden.



